

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 223

24. November 1982

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, zu den innenpolitischen Erwartungen im Regierungslager: Herzblut? Seite 1

Erwin Horn MdB erläutert die Kritik an Bundeswehr-Fortbildungslehrgängen: Soldaten beklagen mangelnde Effizienz. Seite 3

Manfred Dammeier MdL warnt davor, die Zukunftschancen der jungen Generation zu zerstören: BAföG-Änderungen müssen vom Tisch. Seite 5

Günter Apel, Hamburgs Bausenator, fordert, daß die Rechte der Mieter Vorrang vor Besitzer-Interessen haben müssen: Hamburger Initiative. Seite 6

Arne Börnsen MdB setzt sich dafür ein, die Mikroelektronik sozial beherrschbar zu machen: Bonn muß aktiv werden. Seite 8

"Herzblut?"

Innenpolitische Erwartungen im Regierungslager

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Allergisch reagiert eine Reihe CDU-Politiker auf die gesellschaftspolitische Kritik der deutschen Gewerkschaften und auf die sozialpolitischen Widerstände in der Bevölkerung. Entweder werden der DGB-Vorsitzende oder einer der führenden Einzelgewerkschafter gerüffelt oder es wird mit Drohungen hantiert. Die weltweite Sorge und die Angst der Arbeitnehmer in den Industrieländern um die wirtschaftliche und soziale Zukunft und deren Empörung darüber, wie die Konservativen auf der einen Seite rücksichtsvoll mit den Begüterten und zum anderen hart mit den breiten Schichten umgehen, halten offensichtlich diese Unionspolitiker mehr für ein gewerkschaftliches Fehlverhalten als ein menschliches Aufbäumen gegen die Krise.

Was verlangen die Dauerschreiber der Union eigentlich? Sollen die arbeitenden Menschen auch noch über das Gesetz der konservativen Gleichheit jubeln, nach dem für die Begüterten die öffentlichen Verpflichtungen und für die breiten Schichten die Sozialleistungen gesenkt werden, bei dem die einen als lobens- und schonenswerte "Rahmenbedingungen" behandelt und die anderen eines zügellosen "Anspruchsdenkens" geziehen werden?

Sozialökonomische Krisen verändern ganz offensichtlich nicht nur die Verhältnisse und die Sprache, sondern auch das Empfinden für Gerechtigkeit und menschlichen Umgang. Die Gewerkschaften wissen das. Sie sind als Einheitsgewerkschaften das Ergebnis jener großen historischen Lehre, die von den deutschen Arbeitnehmern aus der wirtschaftlichen und der menschlich-politischen Krise der 30er Jahre gezogen worden ist. In diesem Sinne bleibt Einheitsgewerkschaft stets auch eine Kraft des Schutzes und des Widerstandes gegen die kapitalistische Krise und ihre politischen Gefahren.

Herausgeber und Vorleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verpflichtet Unions
mit vereinten Kräften
Recht für alle



Wir sind verlässliche Einheitsgewerkschafter, erfahren und überzeugt. Aber wir sind keine Einheitspolitiker, die in den Sog eines konservativen Harmonie-Talms gezogen werden können. Man darf sich nicht zum Schuhlöffel machen, mit dem andere in die Galoschen konservativer Staatsmacht schlüpfen wollen.

Schlimm ist auch, wie CDU-Politiker mit den Sorgen der Menschen über die soziale Zukunft, vor allem der Alterssicherung umgehen. Dabei kann man es fast jeden Tag von den Fachleuten lesen: Es kann nicht gut gehen, wie heute im Bereich der sozialen Sicherung herumgeführt wird, Defizite von einem Versicherungszweig zum anderen geschaukelt werden, wie der Staat und nicht allein die Krise in die Finanzen eingreift, wie ein Gewirr dauernd neuer Ankündigungen aus der Sozialpolitik ein Fixierbild macht und schließlich das ganze auf die schiefe Ebene gerät.

Schon heute halten die Fachleute die jetzigen Leistungseingriffe der Bundesregierung vor dem 6. März nur für einen ersten Schub. Sie halten sie für so angelegt, daß nach den Bundestagswahlen weitere Eingriffe in das soziale Leistungsrecht folgen sollen. Wenn künftig nur noch die Arbeitslosigkeit wächst, aber alles andere die Blüm'sche "Pause" macht, dann schlagen die Finanzprobleme der deutschen Alterssicherung in Existenzfragen um.

CDU-Vertreter meinen und schreiben, es sei verantwortungslos, hierüber zu reden und zu schreiben. Entweder haben sie Schwierigkeiten mit der Wahrheit oder mit der Kenntnis der Dinge. "Umfassend garantiert" sei alles, sagen sie. Offensichtlich wird bei ihnen Naivität zur ersten Bürgerpflicht.

Was ist schon bei Genscher "garantiert"? Und was ist los mit einer CDU, die im Sommer noch "Herzblut" fürs Soziale und im Herbst ihren Zorn gegenüber sozialpolitischem Widerstand fließen läßt? CDU-Abgeordnete übernehmen sich, wenn sie aus den sozialpolitischen Wahrheiten und der Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen "Wendelins Märchenstunde" machen wollen. Das werden für sie keine gemütlichen 80er Jahre werden.

{-/24.11.1982/ks/ca}

+ + +



Kritik an Fortbildungslehrgängen

Soldaten der Bundeswehr beklagen mangelnde Effizienz

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Truppenbesuche zeigen uns, daß die Kritik an bestimmten Fortbildungslehrgängen in der Truppe bei den Soldaten ständig zunimmt, zum Beispiel der Organisationslehrgang. Es handelt sich um Lehrgänge, die heute noch Voraussetzung sind, aber die sich nicht bewährt haben. Sie werden von den Soldaten aus drei Gründen nicht angenommen:

1. Es besteht kein Nutzen für die Verwendung in der Truppe.
2. Die Soldaten sehen keinen Nutzen für den späteren Übergang in das Berufsleben.
3. Der Truppe fehlen die Soldaten, die ständig bei Lehrgängen sind.

Deshalb heißt unsere Überlegung, daß wir neue Ansatzpunkte finden müssen. Unsere Vorstellung, daß die Ausbildung dienstzeitbegleitend vorzunehmen ist, war sicher teilweise zu idealistisch. Notwendig ist dagegen eine verstärkt berufsbezogene Hinwendung der Lehrgänge in dienstzeitbeendenden Unterricht anzubieten, da dann auch die zeitliche Nähe zum Berufseintritt nach der Bundeswehrzeit gegeben ist. Das Wissen ist dann noch frisch. Lehrgänge für Küchenmeister, Werkmeister, Gesundheitsaufseher, Fahrlehrer und so weiter sind sehr gefragt. Diese Angebote sind zu erhalten, gegebenenfalls sogar noch auszubauen.

Unsere Aufgabe ist es, hinsichtlich der Ausbildungsstufe A folgende Fragen zu beantworten:

1. Was ist beizubehalten, gegebenenfalls zu intensivieren in diesem Bereich?
2. Was ist an das Ende der Dienstzeit zu verlegen, um die Ausbildung beruflich nutzbar zu machen?

Ausbildungs- und Verwendungsreihen sahen eingangs Berufe vor als zwingende Voraussetzung. Bewerber ohne Eingangsberufe können nicht als Z 4 eingestellt werden, sondern sie müssen Z 6 machen.

Als Qualifikation für den Berufsunteroffizier sollte erwogen werden, sie ein Vierteljahr als Ausbilder in der Grundausbildung einzuführen. Damit würden sie qualifizierte Unteroffiziere vor der Front.

Die Übernahme als Berufsunteroffizier darf jedoch nicht allein von einem Offizier in der Beurteilung abhängen.

Ein sinnvolles Beurteilungssystem muß gefunden werden. Die Fortbildungsstufe C hat sich inzwischen durchgesetzt. Die Bundeswehr-Hochschulen sind prinzipiell nicht mehr umstritten. Umstritten ist jedoch der Studienbeginn. Leistungswille und Leistungsfähigkeit der Hochschulabsolventen werden in der Truppe allgemein hoch eingeschätzt. Dennoch wird immer wieder kritisch vermerkt, daß die jungen Offiziere zu geringe Truppenerfahrung haben. Deshalb will Verteidigungsminister Wörner diesen Vorstellungen nach mehr Praxisausweitung vor dem Studien entgegenkommen. Drei entscheidende Gründe sprechen jedoch dagegen und zeigen, daß das Ausbildungssystem in der Zeit von Verteidigungsminister Helmut Schmidt entworfen sinnvoll ist.



1. Es ergeben sich heute noch nicht voraussehbare Sozialprobleme für die Familien der Studierenden. Eine solche Regelung würde viele Soldaten studienunwillig machen. Die sozialgerechte Wohnungsversorgung der Familien würde den Bau von mindestens 1.500 Wohnungen erforderlich machen. Dies ist finanziell in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu leisten.

2. Die geringere praktische Erfahrung der Hochschulabsolventen ist ausgleichbar. Späteres Studium dagegen bedeutet für viele Soldaten in höherem Alter und mit größerer Familienbindung stärkere Belastung. Ein Teil der durch Studium ausgebildeten Soldaten kehrt dann nicht mehr in die Truppe zurück. Damit entfällt die Nutzbarmachung des Studiums für die Truppenverwendung .

3. Die zeitliche Studienverschiebung nach hinten bedeutet die praktische Aufhebung des Bildungs- und Ausbildungskonzepts der Bundeswehr. Dies hätte negative Auswirkungen für die Bundeswehr hinsichtlich der Effektivität und der Attraktivität.

Deshalb ist vor unüberlegten Neuerungen zu warnen, die der neue Verteidigungsminister Wörner anzubieten hat aus Gründen, die mehr dem Opportunitätsgefühl als der Sachlichkeit entsprechen.

(-/24.11.1982/bgy/ca)

+ + +



BAföG-Änderungen müssen vom Tisch

Die Zukunftschancen der jungen Generation dürfen nicht zerstört werden

Von Manfred Dammeyer MdL

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AFB)

Die BAföG-Änderungen müssen vom Tisch! Die einmütige Ablehnung der vorgeschlagenen Änderungen durch die eingeladenen Sachverständigen im Bereich der finanziellen Förderung der Schüler erweist erneut, wie verfehlt dieser Vorschlag der neuen Bildungsministerin Wilms ist.

Die vorgelegten Vorschläge für den BAföG-Kahlschlag haben nach Ansicht der Sachverständigen zur Folge, daß

- die in den letzten 13 Jahren erreichte Steigerung der Zahl von Kindern aus unteren Einkommenschichten an Universitäten und Hochschulen wieder zurückgeschraubt werden soll,
- die in den letzten Jahren deutlich verbesserten Chancen des Zugangs zu einer qualifizierten Ausbildung im schulischen, beruflichen und universitären Bereich wieder zurückgeschnitten werden sollen und
- diejenigen Schüler, die trotz finanzieller Engpässe einen weiterführenden Schulabschluß erreicht haben, durch die Drohung von 40.000 DM Schulden nach Abschluß des Studiums von diesem abgeschreckt werden.

Die Auswirkungen dieses sozialen und bildungspolitischen Kahlschlags auf den Ausbildungsmarkt sind, daß diese bildungspolitisch verbränten Vorschläge den Verdrängungswettbewerb auf dem Ausbildungsstellenmarkt verstärken werden. Wenn nur 100.000 Schüler aus der Sekundarstufe II auf den Ausbildungsmarkt drängen würden, so würden hier viele Haupt- und Realschüler, darunter besonders viele Mädchen, in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden.

Die einzig mögliche Konsequenz der Anhörung ist das Zurückziehen der Änderungsvorschläge im Bereich der finanziellen Förderung von Schüler und Studenten. Jetzt ist Bundeskanzler Kohl gefordert, diese verheerenden Auswirkungen auf die Zukunftschancen der jungen Generation abzubauen. Seine Bildungsministerin scheint dazu nicht mehr in der Lage zu sein!
(-/24.11.1982/ks/ca)

+ + +



Hamburger Initiative

Die Rechte der Mieter müssen Vorrang vor Besitzer-Interessen haben

Von Günter Apel

Bausenator der Freien und Hanestadt Hamburg

Der Hamburger Senat unternimmt erneut einen Vorstoß im Bundesrat, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im Interesse der Mieter, wenn irgend möglich, zu verhindern. Die Bundesregierung soll dringend um Abhilfe gebeten werden. Zugleich werden die zuständigen Minister und Senatoren der Länder um Unterstützung gebeten und die Hamburger Bundestagsabgeordneten aufgefordert, die Interessen der Hamburger Mieter bei den jetzt anstehenden Beratungen über Änderungen im Mietrecht und beim Grunderwerbssteuergesetz zu vertreten.

Die Zahlen über die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sind erschreckend gestiegen. Während von 1978 bis einschließlich 1980 rund 3.300 Wohnungen umgewandelt worden sind, ist diese Zahl für 1981 bis einschließlich Oktober 1982 auf über 5.000 angestiegen. Gerade die innenstadtnahen Altbauquartiere sind gefährdet, die mit ihrem relativ einfachen Standard und entsprechend niedrigen Mieten für geringer verdienende Mieter unentbehrlich sind. Die Folgen für die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den Quartieren und die Miethöhe in den noch zur Verfügung stehenden Altbauwohnungen sind verheerend. Täglich wenden sich betroffene und verunsicherte Mieter an mich und bitten um Hilfe. Besonders ältere Mieter sind dem Druck von Spekulanten oft nicht gewachsen und verlassen ihre Wohnung, in der sie zum Teil jahrzehntelang gewohnt haben. Nachbarschaftsbeziehungen und Freundschaften zerbrechen, wenn eine erschwingliche Wohnung nur weiter entfernt zu finden ist.

Dabei ist das Schema immer das gleiche:

- kräftige Mieterhöhungen für die Mieter
- weitere Erhöhungen durch oft umfangreiche Modernisierungen
- Ärger, Schmutz und weitere Belastungen durch die dazu erforderlichen Bauarbeiten
- Verunsicherung der Mieter durch Kaufangebote mit für sie nicht tragbaren Belastungen
- schließlich Verkauf an einen Dritten, der in der Regel selbst einziehen will.



Obwohl die betroffenen Mieter über ihre Rechte - etwa im Bereich des Kündigungsschutzes - aufgeklärt und auf weitere Beratungsmöglichkeiten hingewiesen werden, geben viele Mieter schließlich auf, einerseits, weil sie sich diesem Druck nicht gewachsen fühlen, andererseits weil die Rechte der Mieter bei Umwandlung von Nicht-Sozialwohnungen einfach nicht ausreichen. Gegenwärtig steht den Mietern nicht einmal ein Vorkaufsrecht zu. Bereits drei Jahre nach Eintragung des neuen Eigentümers in das Grundbuch kann dieser kündigen. Vom Bundestag bereits beschlossene Verbesserungen

- Vorkaufsrecht für die Mieter
- Verlängerung der Kündigungssperrfrist von drei auf fünf Jahre

werden durch den Schwenk der FDP zur CDU wahrscheinlich Makulatur werden. Ebenso müßte eine wesentliche Ursache für die Umwandlungswelle für Ballungsräume wie Hamburg geändert werden: Die Abschreibungsmöglichkeiten nach Paragraph 7 b Einkommenssteuergesetz, durch die Bezieher hoher Einkommen bevorzugt werden, gelten auch für den Erwerb von Altbauten.

Der Hamburger Senat wird deshalb auch bei der jetzt anstehenden Änderung des Grunderwerbssteuergesetzes eine abgelehnte Initiative aus dem Bundestags-Wohnungsausschuß aufnehmen. Er wird den Antrag stellen, daß der Steuersatz für den Ersterwerb einer in eine Eigentumswohnung umgewandelten Mietwohnung statt zwei von Hundert dann 14 von Hundert beträgt, wenn ein Dritter und nicht der bisherige Mieter kauft. Bei einem zu versteuernden Betrag von 100.000 DM würde die Steuer dann 14.000 DM betragen, während der Mieter, der selbst kauft, nur 2.000 DM zu zahlen hätte. (Allerdings muß man dabei sehen, daß nach jetzigem Recht keine Grunderwerbssteuer anfallen würde, wenn der Käufer innerhalb der ersten fünf Jahre die Wohnung selbst bewohnt.) Der Senat verspricht sich von dieser Änderung eine abschreckende Wirkung auf die Kaufinteressenten, die nicht schon selbst in der Wohnung wohnen, und damit auch auf die Firmen, die Umwandlungen als lukratives Geschäft betreiben.

Alle diese gesetzlichen Vorschriften sind Bundesrecht. Dem Senat sind die Hände gebunden, wenn Bundestag und Bundesrat nicht zu Änderungen bereit sind. Dabei geht es nicht darum, den Flächenländern Regelungen aufzuzwingen, die sie nicht haben wollen und vielleicht auch nicht in dem Umfang benötigen wie Hamburg. Aber in einer Stadt wie Hamburg mit 80 Prozent Mietern müssen diese den Vorrang haben vor den Interessen der Mehrfamilienhaus-Eigentümer, ihren Besitz allein aus dem Gesichtspunkt der Gewinnerzielung - gegebenenfalls auch spekulativ - verwerten zu können. (-/24.11.1982/ks/ca).

+ + +



Bonn muß aktiv werden

Die Mikroelektronik ist sozial beherrschbar zu machen

Von Arne Börnsen MdB

Mitglied in den Bundestagsausschüssen für Forschung und Technologie
sowie Post- und Fernmeldewesen

Manchmal drängt sich folgender Eindruck auf: Wir sitzen wie ein Kaninchen vor der Schlange Mikroelektronik, in der Gewißheit, irgendwann werde das Teufelsding uns beißen. Wir aber, wie gelähmt, sind nicht fähig, zu handeln.

Auf den Handlungszwang wollte die SPD-Fraktion mit ihrer Großen Anfrage hinweisen, die am 15. September 1982 vom Bundeskabinett beantwortet wurde und nun im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert wird.

Mit der Plenardiskussion soll nicht zuletzt eine auch vom Bundestag angeregte Auseinandersetzung über die Mikroelektronik erreicht werden: Über die notwendigen Förderprogramme durch die Bundesregierung und über die erforderliche Bewältigung der arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen durch die Anwendung.

Die Antwort der Bundesregierung auf diese Herausforderung der Zukunft ist unbefriedigend. Sie beschreibt lediglich den gegenwärtigen Zustand, ohne Antworten zu geben. Da die Antwort offensichtlich vom Wirtschaftsministerium formuliert wurde, sind von dieser Seite keine Anregungen zu erwarten.

Es ist nicht ausreichend, die notwendige Konsensbereitschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu beschwören, wenn nicht gleichzeitig den Gewerkschaften Mitwirkungsrechte an der Ausformulierung und Umsetzung von Förderprogrammen eingeräumt werden. Dies gilt zum Beispiel für das Sonderprogramm "Anwendung der Mikroelektronik", welches zwar vom Berliner VDI-Technologiezentrum hervorragend umgesetzt wird, bei dem jedoch die Zusammenarbeit zwischen dem Forschungsministerium und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) weitestgehend fehlt.

Der im Plenum vorgelegte Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung unter anderem auf, bis zum 30. Juni 1983 ein neues Programm "Informationstechniken" vorzulegen. Hierin sollten dann auch Antworten auf Form und Umfang des Ausbaus der software-Kapazitäten gegeben werden, Antworten auf Steuerungsinstrumente zur Stärkung der Wettbewerbstätigkeit der deutschen Informationstechnologie.

Japan und die USA haben wegen ihrer spezifischen Finanzierungsmöglichkeiten einen erheblichen Vorsprung; um diesen auszugleichen sind für die Bundesrepublik Förderschwerpunkte gezielt zu unterstützen und in ausgewählten Bereichen, wie der Glasfasertechnologie, eine forcierte Anwendung anzustreben.

Gerade der letztgenannte Bereich eignet sich aufgrund der Investitionskraft der Bundespost und der Nachfragesituation am deutschen und internationalen Markt. Die Kupferverkabelungseuphorie des Postministers jedoch bewirkt das Gegenteil: Verhinderung moderner Technologien, Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Das VDI-Technologiezentrum hat gerade bei der Beratung über Möglichkeiten der Mikroelektronik hervorragende Arbeit geleistet. Aus diesem Grunde sollte geprüft werden, ob in ähnlicher Struktur ein Netz von Beratungsangeboten geschaffen werden kann, welches sich nach regionalspezifischen Bedingungen ausrichtet und neben dem Bundesfor-



schungsministerium vom DGB und vom Arbeitgeberverband getragen wird. Offensichtlich schafft die neutrale Position des VDI ein besonderes und wertvolles Beratungsklima.

Wenn jedoch von verstärkter Anwendung der Mikroelektronik gesprochen wird, dann stellt sich die Bedingung, die Auswirkungen am Arbeitsplatz und am Arbeitsmarkt zu berücksichtigen.

Erforderlich ist eine stärkere Integrierung des Programmes "Humanisierung des Arbeitslebens", um belastungsmindernde Technologien bereits im Planungsstadium zu berücksichtigen.

Parallel dazu sind die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu verbessern, um die Beteiligung an der Planung und Umsetzung neuer Arbeitsstrukturen und -technologien zu gewährleisten. Eine entsprechende Neuformulierung des Paragraphen 90 Betriebsverfassungsgesetz ist notwendig.

Neben den technischen Ergänzungen und Weiterentwicklungen, neben der entscheidenden Frage der Arbeitszeitverkürzung, hängt der Einsatz und die Akzeptanz der Mikroelektronik ab von der personellen Bewältigung der neuen Technikgeneration durch Hersteller, Nutzer und Konsumenten.

Erforderlich ist ein wirkungsvolles Weiterbildungsangebot, welches einzusetzen hat, bevor ein Arbeitsplatz durch Mikroelektronik automatisiert oder rationalisiert wird. Erforderlich ist weiterhin die Formulierung stabiler Qualifikationsinhalte zur Nutzung der Technologie für den Berufsbildungs- und Hochschulsektor. Und zu prüfen ist, ob zwischen Facharbeiter und graduiertem Ingenieur eine zusätzliche betriebliche Qualifikationsebene eingerichtet werden sollte, um das Innovationspotential im Betrieb zu stärken.

Der Handlungsbedarf ist erheblich, wenn die Herausforderung der Mikroelektronik bewältigt werden soll. Die sachorientierte Mitarbeit durch die SPD-Bundestagsfraktion ist dabei selbstverständlich. Von der Bundesregierung jedoch muß die Bereitschaft zu konkretem politischem Handeln erst nach nachgewiesen werden. (-/24.11.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

